

## „Schule 2.0“ – Über den Bildungsbegriff<sup>1</sup>

Eva Borst

Ich bedanke mich bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Berlin für die Einladung zum Bildungskongress 2013. Besonders bedanke ich mich bei Claudius Brüning, der es mir ermöglicht hat, hierher zu kommen, und der mich gebeten hat, den Bildungsbegriff historisch herzuleiten und seine Bedeutung für die heutigen bildungspolitischen Auseinandersetzungen herauszuarbeiten. Das ist zugegebenermaßen eine anspruchsvolle Aufgabe, weil ich in einer begrenzten Zeit die geschichtliche Dimension entfalten und auf dieser Grundlage schließlich die Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung erläutern und kritisch kommentieren soll. Notwendige Verkürzungen bitte ich daher zu entschuldigen.<sup>2</sup>

Obwohl dieses Unterfangen recht schwierig ist und seine Tücken darin hat, dass ich nicht alles in aller Ausführlichkeit ausführen kann, habe ich mich dazu entschlossen, diese Wagnis einzugehen, und zwar aus zwei Gründen: *Erstens* orientiert sich der Kongress thematisch an der Bildungsgerechtigkeit, die durch Ökonomisierung und Privatisierung gefährdet ist. *Zweitens* habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass vielen Menschen, die im Bildungsbereich arbeiten, grundlegende internationale Vereinbarungen, die die Bildungspolitik nachhaltig beeinflussen und die Privatisierung der Bildung vorantreiben, unbekannt sind. Zumal es über Abkommen, wie etwa GATS (General Agreement on Trades in Services), kaum Informationen, schon gar keine öffentlichen Diskussionen in den Medien gibt, habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, bei Gelegenheiten wie diesen über deren gesellschaftlichen Tragweite zu berichten.

Als Erziehungswissenschaftlerin und Pädagogin kann ich allerdings nicht bei kritischen Einwänden stehen bleiben. Daher schließen sich für mich folgende Überlegungen an:

- 1.) Welche Bildung brauchen heranwachsende Kinder und Jugendliche, um urteilsfähige, kritische, selbstbestimmte und solidarische Menschen zu werden, die
- 2.) unsere Gesellschaft in historischer Verantwortung gestalten und mitgestalten können?
- 3.) Über Bildung zu reden bedeutet immer auch, gesellschaftskritisch zu argumentieren, weil Bildung ein politischer Begriff ist. Den Bildungsbegriff isoliert von gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu betrachten, wird seinem ursprünglich emanzipatorischen Charakter nicht gerecht und macht ihn zum Spielball partikularer Interessen.

### Exemplarische Entfaltung des Bildungsbegriffs

Als Wilhelm von Humboldt 1793 seine Theorie der Bildung des Menschen verfasste, war er der festen Überzeugung, dass Bildung zum Motor der Befreiung von einer absolutistischen Gewaltherrschaft werden würde. Da das Individuum zu einem vernünftigen Handeln imstande ist und es sich seines Verstandes im Sinne der Befreiung aus der „selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) bedienen kann, wird es zur verantwortlichen Instanz von Humboldts Gesellschaftskritik. Systematische Bildung, so die Hoffnung, würde den Menschen in die Lage versetzen, sich für die Humanisierung der Gesellschaft einzusetzen. Bildung, nicht gewaltsamer Umsturz, wie etwa in der franz. Revolution, wird zur Trägerin einer gesellschaftlichen Veränderung, die Humanität zum Ziel hat. Humboldt war Kosmopolit. Daher wünschte er sich die Befreiung der Menschheit von unterdrückenden Strukturen weltweit. Dass das bis heute nicht gelungen ist, liegt nicht etwa an seinem Idealismus, sondern vielmehr an dem im 19. Jahrhundert sich mit Macht herausbildenden Bürgertum und der sich gleichzeitig am Horizont abzeichnenden Klassengesellschaft, die Bildung im Sinne von Humboldt nicht mehr zuließ. Was ist nun das wesentliche seiner Bildungstheorie, über das nachzudenken sich auch noch heute lohnt?

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um das geringfügig überarbeitete Vortragsmanuskript. Auf einen streng wissenschaftlichen Anmerkungsapparat wird daher verzichtet.

<sup>2</sup> Ausführlicher vgl. Eva Borst: Theorie der Bildung. Eine Einführung, Baltmannsweiler 2011<sup>2</sup>.

- 1.) Bildung ist emanzipatorische Bildung, d.h. der Mensch ist qua seiner Vernunft in der Lage, sich von autoritären Strukturen zu befreien.
- 2.) Daher ist der Einfluss gesellschaftlicher Kräfte, wie etwa der Staat, die Kirche, die Wirtschaft aus dem Bildungssystem um einer freien Entfaltung willen fernzuhalten.
- 3.) Niemand, auch nicht der Ärmste, darf von Bildung ausgenommen werden. Das entspricht Humboldts Demokratieverständnis, denn jeder muss ein Urteilsvermögen entwickeln, das es ermöglicht, sich seiner gesellschaftlichen und beruflichen Situation zu vergegenwärtigen.
- 4.) Humboldt hat sich durchaus nicht gegen Spezialbildung bzw. Berufsbildung ausgesprochen. Im Gegenteil hat er sie für höchst wichtig gehalten. Warum aber jedem einzelnen Individuum die Möglichkeit der Allgemeinen Bildung eingeräumt werden muss, hat damit zu tun, dass jeder Mensch als ein Individuum eigenen Rechts anzuerkennen ist, dem es aufgegeben ist, sich an der humanen Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Das Individuum darf nicht einem Zweck aufgeopfert werden. Insofern ist auch die allgemeine Bildung zweckfrei. Das Moment der Humanität sollte auch in der Berufsbildung in Erscheinung treten, um zu verhindern, dass das Individuum alleine der ökonomischen Brauchbarkeit anheimfällt.

Zu fragen ist nun, wie Humboldt sich den Bildungsprozess vorgestellt hat. Zunächst ist davon auszugehen, dass Bildung immer Selbstbildung ist, die sich im Spannungsfeld von Selbstverständnis und Weltverständnis vollzieht. Bildung ist also nicht zu verwechseln mit Wissen, das abfragbar ist. Bildung ist immer auch Persönlichkeitsbildung aufgrund erworbenen Wissens. Für Humboldt sind drei Kräfte, die gleichermaßen der Anregung bedürfen, für die Herausbildung der Individualität und damit auch für die Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit verantwortlich:

- 1.) Die *Intellektualität*, also das kognitive Vermögen,
- 2.) die *Sinnlichkeit*, also die Wahrnehmung, Ästhetik, Gefühle
- 3.) die *Vorstellungskraft*, also Kreativität und Phantasie.

Ein vollkommen gebildeter Mensch verfügt nach Humboldt über die Fähigkeit, diese drei Vermögen in ihrer Verflechtung wahrzunehmen.

Der Bildungsprozess selbst ist ein Vorgang, während dem uns ein Gegenstand als Fremd entgegentritt, den wir uns aber aneignen und bearbeiten, ihn umschaffen und ihn wieder an die Welt zurückgeben. Dieser Vorgang ist ganz entscheidend daran gebunden, dass wir in Muße uns dem Gegenstand nähern können. Im übertragenen Sinn bedeutet das, dass wir Zeit brauchen, um uns dem Gegenstand denkend und nachdenkend zuzuwenden und ihn mit unserem Inneren verbinden zu können.

Es gäbe noch viele Dinge über Humboldt zu berichten, doch mache ich hier eine Zäsur, weil ich es für sinnvoll halte, zunächst die wesentlichsten Eckpunkte seiner Theorie darzustellen. Humboldt hat damit die Grundlagen einer Bildungstheorie gelegt, an der sich ausnahmslos alle nachfolgenden Bildungstheoretiker abgearbeitet haben. Entweder sie haben ihn kritisch kommentiert, ihn ausdifferenziert oder ergänzt, immer aber auf der Folie der Triade: Bildung – Emanzipation – Humanität. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht nicht ganz unwichtig darauf hinzuweisen, dass Humanität nur mit Emanzipation zu bekommen ist.

Humboldt wurde in der jüngsten Vergangenheit für Tod erklärt. Vor allem auch die Medien haben sich an dieser Diffamierung beteiligt, mehr noch sogar wurde die Debatte über die Bildungstheorie als Ideologie denunziert und für überflüssig erklärt. Manchem dieser Gegner theoretischer Debatten mag vielleicht nicht klar gewesen sein, dass damit das aufklärerische Erbe zur Disposition gestellt wird. Vielen aber, vor allem diejenigen, die das Heil ausschließlich in empirischen Daten unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit sehen, verfolgen mit dem Abschied aus der Bildungstheorie eine Strategie, die den Menschen zum Mittel degradiert. Jenen möchte ich, bevor ich weiterfahre, antworten, dass jede Theorie notwendig spekulativ sein muss, um überhaupt eine Aussicht auf noch nicht realisierte Möglichkeiten zu gewinnen. Der Intention, diesen Gedanken fortzuschaffen, korrespondiert eine Geschichtsvergessenheit, die sich früher

oder später gegen uns selbst auswirken wird. Theoretische Debatten sind Bestandteil der Selbstvergewisserung und daher notwendiger Bestandteil demokratischer Prozesse.

Allerdings, ich hatte das schon anklingen lassen, hat sich im 19. Jahrhundert ein Bildung eingestellt, die nicht mehr Emanzipation und Freiheit für alle verhielt, sondern zum Distinktionsmerkmal des aufstrebenden männlichen Bürgertums wurde. Frauen und Proletariern blieb der Zugang zu Bildung verwehrt. Bildung wurde unter diesen Umständen zu einem Herrschaftsinstrument und hatte die Funktion, den Wohlstand der bürgerlichen Klasse zu sichern. Bildung ist zu einem Besitz in Form von Bildungsgütern verkommen, die keinerlei Bezug mehr zu ihrem Ursprung hatte. Mit der Herausbildung der Industriegesellschaft, der damit einhergehenden Ausbeutung der Produktivkraft Arbeit und der Etablierung eines dreigliedrigen Schulsystems war für lange Zeit die von Humboldt noch als realistisch eingeschätzte Möglichkeit der Bildung für Alle verschwunden, und zwar bis weit in die 1960er Jahre hinein.

Vor diesem Hintergrund nun müssen wir feststellen, dass dem Begriff der Bildung, einmal seiner ursprünglichen Konnotation entkleidet, ein Widerspruch innewohnt, der keinesfalls negiert werden darf, sondern auf den wir in emanzipatorischer Absicht reflektieren müssen. In dem Moment nämlich, als Bildung unhintergehbare Voraussetzung für die Reproduktion einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Gesellschaft – u.a. im Zuge der technologischen Entwicklung – wurde, in dem Moment wurde es notwendig, Bildung systematisch zu organisieren und zu institutionalisieren. Mit der Institutionalisierung der Bildung war die Bedingung der Möglichkeit geschaffen, sie als Herrschaftsinstrument zum Zwecke partikularer Interessen zu missbrauchen, dass sie als Mittel für einen bestimmten Zweck dient.

Ich möchte nun zwei Bildungstheoretiker vorstellen, die beide im Anschluss an Humboldt geschrieben haben und denen es außerordentlich wichtig war, die innere Verbindung von Bildung, Emanzipation und Humanität nach dem Nationalsozialismus wieder herzustellen. Gemeint sind: *Heinz-Joachim Heydorn* (1916-1974) und *Wolfgang Klafki* (\*1927). Wenn auch ihre Herangehensweise an und ihr Umgang mit dem Begriff der Bildung differiert, so vereint sie doch die Hoffnung auf eine humane Gesellschaft, in der die Bedingung der Möglichkeit besteht, Kinder und Jugendliche zu verantwortungsvollen, urteilsfähigen und selbstbestimmten Subjekten zu erziehen.

Weil Heydorn von seinem geschichtsmaterialistischen Ansatz her vor allem die Spätkapitalistische Gesellschaft fokussiert und, mehr noch als Klafki dies vermag, vor den Gefahren einer durchkapitalisierten Gesellschaft (wie wir sie heute vorfinden) warnt, werde ich mich zunächst Klafkis Konzeption der *Allgemeinbildung* zuwenden. Klafki differenziert Allgemeinbildung in:

#### 1. Bildung für Alle

#### 2. Bildung im Medium des Allgemeinen: epochaltypische Schlüsselprobleme

- Krieg, Frieden und Gewalt
- Ökologie
- Ungleichheit in internationaler Perspektive
- Technologie
- Ich-Du-Beziehung
- Interkulturalität und Nationalstaatlichkeit
- Wachstum der Weltbevölkerung

#### 3. Bildung in den Grunddimensionen menschlicher Fähigkeiten

- Kognition
- Ästhetik / Sinnlichkeit
- handwerklich-technische Produktivität
- zwischenmenschliche Beziehungsmöglichkeit
- ethisch / politische Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit

Im Zentrum seines Bildungsbegriffs steht Emanzipation, Selbstbestimmung und Mündigkeit, die aber nur unter den Bedingungen einer Gesellschaft zu erreichen sind, die frei, human und gerecht ist. Die Ziele der Bildung sind entsprechend:

- Urteilsfähigkeit
- Kritikfähigkeit
- Reflexionsfähigkeit
- Empathie

Diese Eigenschaften des Subjekts sind aber nur dann zu erreichen, wenn es gelingt, gesellschaftskritisch zu argumentieren und Ideologien, die der Verschleierung der Verhältnisse dienen, zu erkennen.

Heinz-Joachim Heydorn geht über Klafki hinaus, insofern er schon früh den Widerspruch von Bildung und Herrschaft erkannt hat und dies zur Grundvoraussetzung seiner Bildungstheorie machte. Bildung, einst von Humboldt als Instrument der Befreiung gedacht, schlägt um in Herrschaft, und zwar im Zuge ihrer zunehmenden Institutionalisierung und dem allmählichen Übergang in den Dienst ökonomischer und staatlicher Interessen (Bsp. 19. Jahrhundert). Seine Bildungsperspektiven setzen an den Widersprüchen der Gesellschaft und ihren Bildungs- und Erziehungsproblemen an. Für Heydorn gilt ebenso wie für Klafki, dass das Ziel von Bildung die noch nicht realisierten Möglichkeiten eines humanen Zusammenlebens ist. Das heißt, jedes Individuum kann sich erst durch die Reflexion auf die gesellschaftlichen Zwänge zu seiner Menschlichkeit freisetzen. Der Mensch bedarf also einer Bildung, die ihn dazu befähigt, sich der gesellschaftlichen Zumutungen (bspw. strukturelle und individuelle Diskriminierung, Benachteiligung, Ungerechtigkeiten) bewusst zu werden, die ihn daran hindern, sich zweckfrei zu entfalten, und gegebenenfalls gegen sie einzuschreiten. Zentraler Ausgangspunkt von Heydorns Überlegungen ist die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten von Humanität im Spätkapitalismus.

Weil ausdifferenzierte Technologien und eine effiziente Verwaltung der Bildung bedürfen, kraft derer sich der Staat organisiert und sich ökonomisch wirtschaften lässt, wird Bildung zur Institution. Die Reproduktion moderner Gesellschaften wird durch Bildung sichergestellt. Das heißt, eine technologisch hochausdifferenzierte Gesellschaft bedarf gut ausgebildeter Menschen. Und gerade hier wird der Widerspruch von Bildung und Herrschaft offenbar, denn selbst wenn Bildung für politische Zwecke instrumentalisierbar wird, bspw. in Form der Anpassung an die Erfordernisse einer kapitalistischen Gesellschaft, bleibt ein Rest, der über das politisch erwünscht hinaus schießt und zur Auseinandersetzung mit dem Bestehenden Anlass gibt.

Die Dialektik von Bildung und Politik offenbart sich dort, wo Bildung zur Reproduktion unerlässlich ist und sich gleichzeitig mit der politischen Idee der Freiheit verbindet. Bildung schließt das einfache Arrangement mit der Ideologie der Herrschenden aus, sie wird geradezu zur Provokation. Heydorn hat schon sehr früh, nämlich in den 1970er Jahren, erkannt, dass das Interesse der Wirtschaft an Innovation unter beschleunigenden Wettbewerbsbedingungen eine Bildungsplanung voraussetzt, die dazu in der Lage ist, Schulen zu kontrollieren und Schüler und Schülerinnen im Sinne einer *Humankapitalressource* auszubilden. Der Output der Schulen wird unter marktwirtschaftliche Qualitätskontrolle gestellt und damit das Wissen der Schüler und Schülerinnen.

Am Beispiel der USA stellt er schon in 1970er Jahren dar, was heute in Deutschland gang und gäbe ist: Jeder dort habe zwar die gleiche reelle Chance, am Bildungssystem zu partizipieren, aber in einem unerbittlichen Leistungswettbewerb, der jene erbarmungslos ausliest, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht mithalten können.

Daher genügt es auch nicht, nur Chancengleichheit zu fordern. Die Voraussetzung für Bildungsgerechtigkeit setzt eine gerechte Gesellschaft voraus, die Konkurrenz und Wettbewerb nur in Ausnahmefällen zulässt. Chancengleichheit im Angesicht der Konkurrenz widerspricht ganz elementar den Lebensbedürfnissen der Menschen und verkennt aufs größte, dass Konkurrenz immer auch Verlierer hervorbringt. Die dem Wettbewerb innewohnende Beschleunigung zerstört kindliche Entwicklungspotentiale. Bildung verkommt zum Standortvorteil.

Wie radikal unmenschlich in Reihen der Wirtschaft heute Bildung aufgefasst wird, und ich möchte sagen, was dort unter Bildung verstanden wird, ist keine Bildung, will ich Ihnen an einem Beispiel zeigen. Jürgen Kluge, einstiger Chef der Unternehmensberatung McKinsey äußerte sich im Jahr 2003 in seinem Buch zur Bildung dergestalt: Kein einziges Talent dürfe verschleudert werden, zugleich aber müssen sich die Individuen einem Konkurrenzkampf aussetzen, um die Besten herausfiltern zu können. So schreibt er: „Wer nicht mithalten kann, wird aus dem Rennen geworfen“ oder, im Anschluss an einen prominenten Vertreter der Automobilbranche, „Selbstbewusste Leute sind auf Dauer die einzige Ressource. Alles andere ist Blech, Beton und tote Materie“<sup>3</sup>. Im gleichen Atemzug wird der Humboldtsche Bildungsbegriff als Ideologie verunglimpft.

Bildung ist von ihrem Ursprung her mit Emanzipation und Humanität verbunden. Ohne Emanzipation gibt es keine Humanität. Bildung ist ihren Grundzügen auf die Unverfügbarkeit des Menschen fokussiert und stellt die Bedingung der Möglichkeit dar, dass der Mensch sich in seiner Universalität und Totalität erkennt. Universalität insofern er sich der Menschlichkeit des Anderen, des Fremden versichert, dass er also das Andere in seiner Unverfügbarkeit anerkennt. Totalität insofern der Mensch die Möglichkeit erhält, eine kritische Intellektualität hervorzubringen, die gepaart ist mit der Herausbildung seiner Gefühle und seiner Kreativität, Handlungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit gegen unmenschliche Zumutungen mitinbegriffen. Jürgen Kluge indes hält einen solchen Bildungsbegriff für überflüssig.

## **Zur Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung**

Was ist heute der Fall?

Wir leben heute in Zeiten des Neoliberalismus, dessen Grundsätze ich hier nur ganz kurz aufzählen will:

1. Rückzug des Staates aus seiner gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung
2. Privatisierung staatlicher Einrichtungen
3. Deregulierung bzw. Liberalisierung der Märkte, der Dienstleistungen und der öffentlicher Verwaltungen
4. eine „marktwirtschaftlichen Demokratie“ (Bertelsmann), die
5. auf Konkurrenz und Wettbewerb setzt.

Freiheit bedeutet unter diesen Umständen, die Freiheit auf eigenes Risiko am Markt partizipieren zu dürfen, wobei der Markt die Richtung vorgibt, an die sich das Individuum anzupassen hat. Gerechert geht es dann zu, „wenn niemand am freien Marktzutritt gehindert wird, sozial ist, wenn die Marktwirtschaft ungehindert ihre Dynamik entfalten kann“.<sup>4</sup>

Unter diesen Umständen verkommt Bildung zu einem Produktionsfaktor, der unter betriebswirtschaftliche Aufsicht gestellt wird. Unter das Diktat der Nützlichkeit bzw. Brauchbarkeit gestellt, soll Bildung junge Menschen optimal an den Arbeitsmarkt und an die „marktwirtschaftliche Demokratie“<sup>5</sup> anpassen. Daher besteht ein großes Interesse von Seiten der Wirtschaft, Einfluss auf das Bildungssystem zu gewinnen. Aber nicht nur das. Gesteuert wird die Ökonomisierung und Privatisierung der Bildung von supranationalen Organisationen wie der WTO, dem IWF und der OECD sowie der Europäischen Kommission.

*Ökonomisierung* bedeutet, das Bildungssystem einer betriebswirtschaftlichen Steuerung zu unterwerfen. *Privatisierung* bedeutet, das Bildungssystem allmählich aus staatlicher Hand in die Verantwortung privater Investoren zu übertragen.

---

<sup>3</sup> Kluge, Jürgen: Schluss mit der Bildungsmisere. Ein Sanierungskonzept, Frankfurt am Main /New York 2003, S. 45 und S. 48.

<sup>4</sup> Ralf Ptak: Neoliberalismus: Geschichte, Konzeption und Praxis, in: Ulrich Müller (Hg.): Gesteuerte Demokratie. Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Hamburg 2004, S. 18.

<sup>5</sup> Die „marktwirtschaftliche Demokratie“ entmündigt die Menschen, sie stellt den Gedanken der Demokratie auf den Kopf, da der Markt die Vorgaben diktiert und den Individuen keine Einflussmöglichkeiten jenseits des Marktes zugesteht.

Was Bildung ist, bestimmen demnach nicht mehr bildende Organisationen und Institutionen in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen. Die Deutungshoheit über das, was Bildung ist und zu sein hat, haben längst schon international operierende Wirtschaftsverbände, wie etwa der Stifterverband der Deutschen Wirtschaft, Unternehmensberatungen wie McKinsey oder vermeintlich gemeinnützig agierende Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung übernommen.<sup>6</sup> Im Einvernehmen mit supranationalen Organisationen beeinflussen Sie nachhaltig politische Entscheidungsfindungen und tragen ganz entscheidend dazu bei, Bildung nach ihren Vorstellungen zu modellieren. Als eines von vielen Beispielen mag die kürzlich in der Presse nachzulesende Äußerung vom neuen Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung De Geus zu den Profiterwartungen im Bildungssektor dienen:

„Der Rückzug des Staates aus diesem Sektor eröffnet schnell wachsende unternehmerische Möglichkeiten“, denn der künftige globale Umsatz (in) der Bildungsbranche (wird) insgesamt (...) auf 1000 Milliarden Dollar jährlich geschätzt. Soziale Ungleichheit, meint De Geus, sei ein Motor für die Bildungsmaschine, für den Wunsch nach ‚Aufstieg durch Lernen‘(...)“<sup>7</sup>.

De Geus war, das ist vielleicht nicht ganz uninteressant, vor seiner Tätigkeit bei Bertelsmann stellvertretender Generalsekretär der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Wer glaubt, die gegenwärtige Wirtschaftskrise habe die Glaubensgrundsätze des Neoliberalismus erschüttert, dem ist zu entgegen, dass die Entfesselung des kapitalistischen Marktregimes vollends erst durch die Krise ermöglicht wurde, zum Schaden allerdings weiter Teile der Bevölkerung. Spätestens seit der Einführung der Schuldenbremse mit Verfassungsrang sind die Schleusen für eine ungebremste geistige Ausbeutung der Menschen geöffnet, denn nicht nur Schulen, Hochschulen und Universitäten werden einem zunehmenden Kostendruck durch die Kappung staatlicher Unterstützung ausgesetzt. Sie werden gezwungen, im Rahmen des Public-Private-Partnership mit Wirtschaftsunternehmen zu kooperieren und verlieren ihre Unabhängigkeit.

Das Zitat von De Geus ist vielleicht das ehrlichste Bekenntnis zu einer erwünschten, weil renditeversprechenden sozialen Ungleichheit, die die Bildungsindustrie am Laufen hält. Die Verknappung der Möglichkeit zur Bildung bringt den Vorteil, diejenigen, die im Kräfte zehrenden Wettbewerb erfolgreich sind, herauszufiltern, mehr noch aber die Inhalte von Bildung kontrollieren zu können. Daher ist jedes Argument *für* soziale Gerechtigkeit ein Angriff auf das neoliberale Wirtschaftssystem und wird von seinen Vertretern und Vertreterinnen in demagogischen Reden zunichte gemacht.

*Soziale Ungleichheit* und *Schulden* sind die Zwillingsgeschwestern des Neoliberalismus. Sie stellen das Fundament zur Etablierung eines autoritären Kapitalismus dar, der rücksichtslos sich ein-gräbt in die intimsten Bereiche der Menschen und sich ihrer Gehirne bemächtigt.

Der Bereich der Bildung ist daher *das* Kampffeld, auf dem sich die größten Unsicherheiten im Hinblick auf die Vormachtstellung der Wirtschaft zeigt. Die neoliberale Destabilisierungspolitik im Bereich sozialer Gerechtigkeit bedarf daher als Katalysator eines marktwirtschaftlichen *Strukturanpassungsprogramms*, zu dem unter anderem die Kontrolle des Bildungssystems gehört. Frühzeitig unter Kuratel gestellt, gilt es Bildung so zu trimmen, dass sie lediglich an wirtschaftliche Erfordernisse anpasst, nicht aber die Bedingung der Möglichkeit zu einer kritischen Stellungnahme in Form einer selbstbestimmten Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft darstellt. Da die Wirtschaft heute auf flexible, hochanpassungsfähige und individualisierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen ist, die risiko- und konkurrenzfreudig, überaus engagiert und selbstoptimierend ihrer Arbeit nachgehen, bevorzugt sie eine „Bildung“, die einen solchen Sozialcharakter hervorbringt.

1996 wurde von der OECD im sogenannten Morrison-Bericht die Marschrichtung in Sachen Bil-

---

<sup>6</sup> Vgl. Eva Borst: Das Verschwinden der Bildung, in: Richard Kubac, Christine Rabl, Elisabeth Sattler (Hg.): Weitermachen? Einsätze theoretischer Erziehungswissenschaft, Würzburg 2009, S. 128-140.

<sup>7</sup> Arno Klönne: Telepolis vom 24.09.2012.

dung vorgegeben. Der Bericht „Politische Schwächen der Anpassungspolitik“ enthält Vorschläge zur Reduzierung von Staatsausgaben und zur Vermeidung sozialer Unruhen. Das Papier richtet sich explizit an die Regierungen. Ich möchte Ihnen das nicht vorenthalten. Dort ist zu lesen:

»Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko. Wenn Mittel für laufende Kosten gekürzt werden, dann sollte die Quantität der Dienstleistung nicht reduziert werden, auch wenn die Qualität darunter leidet. Beispielsweise lassen sich Haushaltsmittel für Schulen und Universitäten kürzen, aber es wäre gefährlich, die Zahl der Studierenden zu beschränken. Familien reagieren gewaltsam, wenn ihren Kindern der Zugang verweigert wird, aber nicht auf eine allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung, und so kann die Schule immer mehr dazu übergehen, für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen, oder bestimmte Tätigkeiten ganz einzustellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden.«<sup>8</sup>

Dass überhaupt die Privatisierung der Bildung möglich ist, ist der WTO (Welthandelsorganisation) geschuldet, unter deren Ägide 1995 (das ist auch das Gründungsjahr der WTO) das „General Agreement on Trade in Services“ (GATS) ausgehandelt wurde. GATS soll weltweit dafür sorgen, dass Dienstleistungen liberalisiert werden und Handelsschranken fallen. Prinzipiell geht es der WTO darum, den Neoliberalismus trotz seiner Strukturprobleme weltweit einzuführen. Auch Bildung wird als eine Dienstleistung aufgefasst, mit der Handel über nationale Grenzen hinweg getrieben werden kann. Einer der wichtigsten Punkte bei GATS ist das Verbot von Subventionen, weil Subventionen wettbewerbsverzerrend seien. Für die Bildung bedeutet das langfristig, dass eine staatliche Unterstützung von Schulen, Hochschule und Universitäten nicht mehr zugelassen ist und dass diese sich auf dem Markt mit privaten Anbietern messen lassen müssen.

Erste Ansätze in Deutschland sind schon zu beobachten. So schlägt die Bertelsmann-Stiftung die „Selbständige Schule“ vor, in NRW und Hessen übrigens schon realisiert. Diese Schulen erhalten Budgethoheit, Personalhoheit, Gestaltungsfreiheit und können ihre Bildungsziele selbständig bestimmen. Vergleichbar sind diese autonomen Schulen mit den Charter Schools in den USA, die von privaten Stiftungen betrieben werden (und zuweilen auch Pleite gehen können) und die Bildungsgerechtigkeit nicht etwa erhöht, sondern untergräbt, weil die Schulen ihre Kinder selbständig auswählen und im Wettbewerb zu benachbarten Schulen stehen. Besonders die geforderte Profilbildung ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass Schulen um die Zahl ihrer Schüler und Schülerinnen konkurrieren müssen. Die FDP nennt diese Schulen „Bürgerschulen“. Die Berliner FDP übrigens empfiehlt, „die Organisation aller öffentlichen Schulen Berlins ‚auf freie Träger wie Vereine, Stiftungen oder Kirchen zu übertragen‘ (...) Welche pädagogischen Schwerpunkte sie setzen, entscheidet jede Schule in eigener Verantwortung“.<sup>9</sup> Mit der Einführung der „Bürgerschulen“ wird die Privatisierung der Bildung systematisch vorangetrieben.

Leider bleibt es mir nicht erspart darauf hinzuweisen, dass Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Bildungsprogramm ähnliche Töne anschlagen, wenn sie schreiben: „Zudem wollen wir Schulen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wie sie (die Schulen) die vorgegebenen Bildungsziele erreichen“. Das ist so schwammig formuliert, dass schnell der Verdacht aufkommt, Bündnis 90/Die Grünen dächten über Autonome Schulen nach.

---

<sup>8</sup> Vgl. Christian Morrisson: Policy Brief No.13, 1996

(<http://www.oecd.org/dataoecd/24/24/1919076.pdf>) (abgerufen: 10.01.2013). Übersetzung: Ingrid Lohmann: Schule im Prozess der Ökonomisierung, in: dies.; Andrea Liesner (Hg.): Gesellschaftliche Bedingungen von Bildung und Erziehung, Stuttgart 2011, S. 232f.

<sup>9</sup> GEW und Max-Traeger-Stiftung: Privatisierungsreport 13: Private Stiftungen versus demokratischer Staat - wie der Neoliberalismus weltweit das öffentliche Bildungswesen untergräbt, Frankfurt am Main 2011, S. 63. Vgl. die kritische Stellungnahme zur Bürgerschule auf den Nachdenkseiten: Jens Wernicke: Auf den Weg zur „Bürgerschule“ <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=4331> (abgerufen: 01.02.2013).

## **Ausblick**

Die bewusste Unterfinanzierung sowie die systematische Verunglimpfung des deutschen Bildungssystems ist eine politische Strategie, die Ökonomisierung und Privatisierung voranzutreiben. Dabei geht es nicht um das Wohl der einzelnen Individuen, sondern um die Abschöpfung geistiger Potenziale im Interesse der wirtschaftlicher Profitsteigerung. Viele werden dabei auf der Strecke bleiben, weil die Selektionsmechanismen, betriebswirtschaftlich gesteuert und das ganze Leben in Form der Evaluation und Qualitätskontrolle durchziehend, engmaschiger werden.

Als letztes Beispiel für die Weise, wie in der Wirtschaft, hier der Deutschen Bank, über das Bildungssystem nachgedacht wird, mag das folgende Zitat belegen:

„Die rund fünf Prozent der Menschen, die intellektuell in der Lage sind, geistige Höchstleistungen zu vollbringen ..., müssen frühzeitig aus dem Durchschnitt herausgefiltert ... werden. Die etwa 30 Prozent, die Erfindungen umsetzen, installieren und warten oder Bildung weitergeben können, bedürfen ebenfalls eines eigenen Bildungsweges, genauso wie die restlichen 65 Prozent, die Maschinen bedienen und einfache geistige Arbeit verrichten. Von ihnen ist etwa ein Drittel nicht bildungsfähig, egal wie viele Millionen für ihre Bildung aufgewandt werden.“<sup>10</sup>

Mein Appell geht dahin, Schule nicht aus der hoheitlichen Verantwortung des Staates zu verbannen und privaten Investoren zu überlassen. Mit anderen Worten: Die Verantwortung für das Bildungssystem in die Hand privater Investoren zu legen, hieße, die Würde jedes einzelnen Kindes anzuzweifeln, weil ihm nicht mehr die Gelegenheit geboten würde, sich selbständig und frei von Wettbewerbszwängen zu entfalten. Der soziale Friede der Zivilgesellschaft wäre gefährdet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

---

<sup>10</sup> Manfred Pohl: Das Ende des Weißen Mannes, Berlin/Bonn 2007. Manfred Pohl war bis 2004 Professor für Unternehmensgeschichte am Historischen Institut der Deutschen Bank und ist Begründer des neoliberalen „Konvents für Deutschland“. Die Laudation auf das Buch hat Hans-Olaf Henkel gehalten. Vgl. auch Armin Bernhard: Biopiraterie in der Bildung. Einsprüche gegen die vorherrschende Bildungspolitik, Hannover 2010.